

# Inhaltsverzeichnis

- A. Einleitung**..... 15
  - I. Die Verschiedenheit der in der Öffentlichkeit diskutierten Bestechungsskandale..... 16
  - II. Thematische Eingrenzung auf Amtsträgerbestechung ..... 18
- B. Ziel und Selbstverständnis der Arbeit** ..... 20
- C. Gang und Eckpunkte der Untersuchung** ..... 24
- D. Einführung in die Problematik der §§ 331 ff. StGB**..... 27
  - I. Grundfragen der §§ 331 ff. StGB im Rahmen ihrer historischen Entwicklung ..... 27
    - 1. Die §§ 331 ff. StGB in der Fassung des RStGB 1871 ..... 27
      - a) Der Wortlaut..... 27
      - b) Die §§ 332, 333 StGB und das Element der Pflichtwidrigkeit als Ausgangspunkt eines Verständnisses von Amtsträgerbestechung..... 28
        - aa) Das Unrechtsverständnis nach dem sog. „deutschrechtlichen Ansatz“..... 29
        - bb) Das Unrechtsverständnis nach dem sog. „römischrechtlichen Ansatz“..... 29
      - c) Das Problem der Einordnung von § 331 StGB..... 30
        - aa) Der Gedanke der Unentgeltlichkeit als Grundlage der §§ 331 ff. StGB insgesamt ..... 30
        - bb) Eigenständiges Verständnis von § 331 StGB im Verhältnis zu den §§ 332, 333 StGB ..... 31
        - cc) § 331 StGB als Vorstufe bzw. abstrakte Gefahr von § 332 StGB ..... 32
        - dd) § 331 StGB als Bestechung des Ermessensbeamten..... 33
      - 2. Die §§ 331 ff. StGB in der Fassung des EGStGB 1974 ..... 35
        - a) Der Wortlaut..... 35
        - b) Der Ermessensbeamte als Ausgangspunkt eines Verständnisses von Vorteilsannahme (§ 331 StGB) bzw. Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) und seine Erfassung durch die §§ 332 Abs. 3, 334 Abs. 3 StGB ..... 37
        - c) Verständnis und Abgrenzung der §§ 331 ff. StGB unter dem Gesichtspunkt der Gefährdung des Vertrauens der Allgemeinheit in die Unbestechlichkeit von Amtsträgern ..... 39

d)	Der Gedanke des Vertrauensschutzes und der Aspekt der Beweiserleichterung .....	41
e)	Der Gedanke des Vertrauensschutzes in der Gesetzesbegründung zum EGStGB 1974 .....	43
3.	Die §§ 331 ff. StGB in der Fassung der Reform durch das Korruptionsbekämpfungsgesetz von 1997 .....	46
a)	Der Wortlaut .....	46
b)	Die Lockerung der sog. „Unrechtsvereinbarung“ .....	48
c)	Unklarheiten bezüglich der konkreten Gestalt der sog. „Unrechtsvereinbarung“ als Kernproblem im Rahmen der §§ 331 ff. StGB .....	49
II.	Besondere Fallgruppen .....	51
1.	Sozialadäquanz .....	51
2.	Drittmittel und Sponsoring .....	54
3.	Parteispenden .....	56
<b>E.</b>	<b>Grundlinien eines Konzepts für die §§ 331 ff. StGB</b> .....	<b>59</b>
I.	Das Wesen von Amtsträgerbestechung als Preisgabe von Staatsgewalt .....	59
1.	Der in den §§ 332 Abs. 1, 334 Abs. 1 StGB umschriebene „klassische“ Fall von Amtsträgerbestechung als Orientierungspunkt .....	59
2.	Der „Kauf“ bzw. „Verkauf“ von Amtshandlungen .....	60
a)	Schwerpunkt des Unrechts nicht in der pflichtwidrigen Amtshandlung als Resultat von Bestechung .....	60
b)	Das Verhältnis des Vorteils bzw. Vorteilsgebers zur Diensthandlung als entscheidender Anknüpfungspunkt .....	62
c)	Der „Kauf“ eines Aktes der Staatsgewalt .....	64
3.	Amtsträgerbestechung als Preisgabe von Staatsgewalt und Teilnahme an dieser .....	68
4.	Versuch der Formulierung eines Rechtsgutes .....	71
II.	Die Unrechtsvereinbarung als tatbestandliche Umsetzung des Gedankens der Preisgabe von Staatsgewalt .....	73
<b>F.</b>	<b>Präzisierung des Konzepts und Folgerungen für die Auslegung</b> .....	<b>78</b>
I.	Grundsätzliches .....	78
II.	Zur Strafbarkeit des Vorteilsgebers nach §§ 333, 334 StGB .....	80
1.	Der Vorteil für die zukünftige Dienstausübung .....	81
a)	Das Unrecht der Vorteilsgewährung nach § 333 StGB .....	81
aa)	Das Verhältnis von § 333 StGB und § 334 StGB .....	83

(1) Bestimmtheit der zu beeinflussenden Amtshandlung.....	83
(2) Kommunikation des Beeinflussungswillens .....	84
bb) Konkretisierung des Beeinflussungswillens nach § 333 StGB .....	87
b) Das Unrecht der Bestechung nach § 334 StGB .....	92
2. Der Vorteil für die vergangene Dienstausbübung .....	96
a) Die Strafbarkeit der Vorteilsgewährung nach § 333 StGB .....	96
b) Die Strafbarkeit der Bestechung nach § 334 StGB .....	99
III. Zur Strafbarkeit des Amtsträgers nach §§ 331, 332 StGB.....	101
1. Die vom Geber initiierte Vorteilszuwendung.....	102
a) Der Vorteil für die zukünftige Dienstausbübung.....	102
aa) Das Unrecht der Vorteilsannahme nach § 331 StGB.....	102
bb) Das Unrecht der Bestechlichkeit nach § 332 Abs. 1 StGB.....	106
cc) Das Unrecht der Bestechlichkeit nach § 332 Abs. 3 StGB.....	107
(1) Konkretisierung des von § 332 Abs. 3 StGB umschriebenen Geschehens .....	107
(2) § 332 Abs. 3 StGB als Tatbestandserweiterung im Vergleich zu § 332 Abs. 1 StGB.....	110
(3) Der hinter § 332 Abs. 3 StGB stehende Unrechts- gedanke.....	111
(a) Die Nähe von § 332 Abs. 3 StGB und § 331 StGB .....	111
(b) Die Trennlinie zwischen § 332 Abs. 3 StGB und § 331 StGB .....	112
(c) Der qualitative Unterschied im Unrecht zwischen § 332 Abs. 3 StGB und § 331 StGB .....	112
(d) Der Hintergrund der Gleichstellung einer Gefahr nach § 332 Abs. 3 StGB mit § 332 Abs. 1 StGB.....	116
b) Der Vorteil für die vergangene Dienstausbübung .....	118
aa) Das Unrecht der Vorteilsannahme nach § 331 StGB.....	118
bb) Das Unrecht der Bestechlichkeit nach § 332 Abs. 1 StGB.....	120
2. Die vom Amtsträger initiierte Vorteilszuwendung („Fordern“) ....	122
a) Das Unrecht der Vorteilsannahme nach § 331 StGB.....	122

aa)	Zur Besonderen Rolle des Forderns im Rahmen von § 331 StGB .....	122
bb)	Das Ausnutzen des staatlichen Herrschaftsmonopols .....	124
b)	Das Unrecht der Bestechlichkeit nach § 332 StGB .....	127
<b>G.</b>	<b>Diskussion</b> .....	128
I.	Sozialadäquanz .....	129
1.	Das Erfordernis eines (tatsächlichen) Beeinflussungswillens als hinreichende Strafbarkeitsschwelle .....	129
2.	Der Nachweis des Beeinflussungswillens im konkreten Einzelfall .....	130
3.	Das Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage für Ausnahmen von der Strafbarkeit im Falle des Vorliegens eines Beeinflussungswillens .....	134
II.	Drittmittel und Sponsoring .....	135
1.	Die Verwirklichung der §§ 331, 333 StGB im Zusammenhang mit Drittmitteln und Sponsoring .....	135
2.	Zum Erfordernis einer Ausnahme von der Strafbarkeit nach §§ 331 Abs. 1, 333 Abs. 1 StGB im Bereich der Drittmittel- einwerbung und des Sponsoring .....	138
3.	Die Lösung der Drittmittel- und Sponsoringproblematik über die Genehmigung nach §§ 331 Abs. 3, 333 Abs. 3 StGB .....	139
a)	Grundsätzliches zur Genehmigung nach §§ 331 Abs. 3, 333 Abs. 3 StGB .....	139
b)	Die Genehmigung nach §§ 331 Abs. 3, 333 Abs. 3 StGB in Zusammenhang mit der Einwerbung von Drittmitteln und Sponsorengeldern .....	144
4.	Die Einwerbung von Drittmitteln und die diesbezügliche Rolle der Genehmigung nach §§ 331 Abs. 3, 333 Abs. 3 StGB aus der Sicht des Bundesgerichtshofes .....	145
III.	Parteispenden .....	149
1.	Kein Rückgriff auf die Grundsätze zur Drittmittelinwerbung .....	149
2.	Die Unterscheidung zwischen einer Bezugnahme auf die allgemeine Politik und konkrete Entscheidungen des Amtsträgers .....	150
3.	Die Beschränkung der §§ 331 ff. StGB auf den Bereich definierter Staatsgewalt in Abgrenzung zum politischen Bereich der Regierungstätigkeit .....	152
4.	Zum Rückgriff auf den Grundsatz der Chancengleichheit von Wahlbewerbern .....	154

5. Strukturelle Nachweisschwierigkeiten im Zusammenhang mit Parteispenden .....	156
6. Die Differenzierung des Bundesgerichtshofes vor dem Hintergrund der Abgrenzung der §§ 331 ff. StGB von § 108 e StGB .....	158
a) Die Anwendbarkeit der §§ 331 ff. StGB auf Gemeinderatsmitglieder .....	158
b) Schlussfolgerungen für die Anwendbarkeit der §§ 331 ff. StGB auf Bürgermeister .....	161
<b>H. Zusammenschau</b> .....	164
I. Der Unrechtskern der §§ 331 ff. StGB und seine Verortung in der Diskussion um das Rechtsgut der Bestechungsdelikte .....	164
II. Die verschiedenen Verwirklichungsformen von Amtsträgerbestechung nach den §§ 331ff. StGB.....	168
III. Abstrakte Gefahr und Anschein von Amtsträgerbestechung .....	171
IV. Zum Erfordernis der Regelung des § 332 Abs. 3 StGB.....	174
<b>I. Ausblick</b> .....	175
<b>J. Thesen</b> .....	178
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	179